

Was heißt und zu welchem Ende studiert man >die Grenzen des Politischen< in der Geschichte? Ein Rückblick auf die kulturgeschichtliche Debatte

Tobias Weidner

1 Einleitung

Interessierte man sich für geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzungen mit Grenzen, fiel der Blick in den letzten Jahren rasch auf die Grenzen des Politischen. Sie spielten nicht nur in der kulturgeschichtlichen Forschungspraxis, sondern auch in der konzeptionellen politikgeschichtlichen Debatte eine große Rolle. Der Beginn dieses Trends liegt inzwischen fast zwanzig Jahre zurück: Verschiedene Wissenschaftler*innen und Arbeitsgruppen begannen damals, an einer Grundfeste klassischer Historiografie zu rütteln. Eine, wenn nicht die zentrale Selbstverständlichkeit politikgeschichtlicher Zugriffe wurde systematisch in Frage gestellt: die Politik selbst. Wie sie zu erforschen sei, war in früheren Auseinandersetzungen schon kontrovers diskutiert worden. Die Antworten auf die Frage, was »Politik« eigentlich sei, blieben zum Beispiel in der schroffen Kritik der Sozial- und Gesellschaftsgeschichte am »Neohistorismus« allerdings noch blass. In ihrer ungebrochenen Engführung auf »Regierungstätigkeit und Staatsmänner« verblieben selbst die terminologischen Bemühungen von Hans-Ulrich Wehler auffallend konventionell.¹ Die

¹ Wehler betonte besonders gegenüber Hillgruber, der »das Moment der Entscheidung« als privilegierten Gegenstand der Politikgeschichte stark gemacht hatte, zwar Prozesshaftigkeit und breitere Abläufe der Willensbildung als Gegenstände. Letztlich interessierte sich Wehler, wenn es um die Politik ging, in seiner gesellschaftsgeschichtlichen Konzentration auf politische Herrschaft dann aber doch vornehmlich für »Regierungstätigkeit und Staatsmänner«. Vgl. Michael Gal: Internationale Politikgeschichte. Konzeption – Grundlagen – Aspekte, Dresden/München 2021, S. 81, zu Hillgruber und Hildebrand außerdem S. 68 und 73.

verschiedenen kulturgeschichtlichen Neuansätze der 2000er Jahre machten sich dagegen systematisch an die Dekonstruktion der ‚Politik‘. Damit verbunden war eine erhebliche Erweiterung des Gegenstandes der Politikgeschichte. In diesem Zusammenhang verbreitete sich eine Reihe neuer Redeweisen: Statt selbstverständlich von ‚der Politik‘ war zunehmend von *dem* Politischen und dann auch von seinen Grenzen die Rede. Grenz- und Raumsemantiken erfuhren nicht nur in den programmatischen Debattentexten, sondern auch in zahlreichen empirischen Studien eine Hochkonjunktur.²

Die analytische Nützlichkeit räumlicher Politikbegriffe wurde in der Folge zwar mitunter in Frage gestellt.³ Dass der Raum als zentraler Leitbegriff zur Veranschaulichung von Politisierungsprozessen oder Transformationen politischer Kommunikationsmuster insgesamt beachtliche Überzeugungskraft entfaltete, ist allerdings nicht von der Hand zu weisen. Selbst sehr kritische Auseinandersetzungen mit der Neuen Politikgeschichte zeigten mitunter eine gewisse Akzeptanz.⁴

Aus diesen Beobachtungen ergibt sich das Erkenntnisinteresse des vorliegenden Essays: Mit Seitenblicken auf die Historische Semantik soll erschlossen werden, woraus sich die Dynamik, die Raum und Grenze seit den 2000er Jahren semantisch so ausgeprägt mit dem Politischen verschweißte, speiste. Und: Was für neue Perspektiven eröffneten sich dadurch für die historische Forschung?

Drei aus diesen Fragen resultierende Schwerpunkte strukturieren das Argument: In einem ersten Schritt wird knapp rekonstruiert, woher räumliche Konzeptionen des Politischen historisch betrachtet stammen und was für Deutungsweisen sie transportieren (2). Im Anschluss wird herausgearbeitet, wofür die Konzeptionen des Politischen als Handlungs- oder Kommunikationsraum in der Debatte standen und was die damit verbundene Rede von den Grenzen des Politischen in unterschiedlichen Zuspitzungen konkret bedeutete

² Als Überblicke vgl. Thomas Mergel: Kulturgeschichte der Politik, Version 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte (11.2.2010), besonders S. 3–5, https://docupedia.de/zg/Kulturgeschichte_der_Politik_Version_2.0_Thomas_Mergel (letzter Zugriff 12.6.2023); Tobias Weidner: Die Geschichte des Politischen in der Diskussion, Göttingen 2012.

³ Zur Kritik vgl. besonders Kari Palonen s. u.

⁴ Selbst Andreas Rödder: »Krios neue Kleider. Theoriedebatten um eine Kulturgeschichte der Politik in der Moderne«, in: Historische Zeitschrift 283 (2006), S. 657–688, gab sich dem Konzept des politischen Kommunikationsraumes gegenüber auffallend verständlich.

(3). Abschließend wird thesenhaft zugespitzt, welche Gegenstände und Fragen dadurch in den Blick der Forschung rückten und welche übergreifenden Erkenntnisse das nach sich zog (4).

Zunächst: Die Rede von Räumen und Grenzen in der Politikgeschichte ist keineswegs ein Novum. Sie tauchte in unterschiedlichen Zusätzungen vielerorts auf: Grenzen von Nationalstaaten sowie deren Verschiebung und Infragestellung im Zuge diplomatischer Mikropolitik und nicht zuletzt im militärischen Kampf gehör(t)en stets zum politikgeschichtlichen Kerngeschäft. Die Beobachtung, dass geopolitische Fragen speziell in der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft nach 1945 aus historischen Gründen nachhaltig diskreditiert waren und vermieden wurden,⁵ änderte (erst recht international betrachtet) an dieser grundlegenden Zuständigkeit wenig. Aber um solcherart materielle Grenzen beziehungsweise Räume ging es in der hier behandelten Debatte seit der Jahrtausendwende kaum. Der politische Raum, dessen Grenzen hier diskutiert wurden, war ein sozialer Raum: ein durch soziale Praktiken erzeugtes Konstrukt. Wie der nun folgende Blick auf einen zentralen Aspekt der Vorgeschichte der Debatte zeigt, ist gerade das nicht untypisch: Räumliche Politiksemantiken – zum Beispiel die Rede von politischen Sphären oder Arenen – verwiesen bereits im 19. Jahrhundert auffallend häufig auf den sozialen Akt ihrer Produktion.

2 Semantische Traditionslinien – Sphärenbegriffe und Handlungsbegriffe

Das Auftauchen räumlicher Politikbegriffe ist historisch betrachtet ein einschneidender, in der begriffsgeschichtlichen Forschung gründlich herausgearbeiteter Schritt: Begriffe, die Politik entweder als eine Form von Handeln oder als Raum fassten (im Folgenden ist zur einfachen Unterscheidung von Handlungs- beziehungsweise Sphärenbegriffen die Rede), entstammen derselben Konstellation. Hintergrundfolie ihrer Entstehung war besonders im deutschsprachigen Raum die beginnende Erosion des Disziplinbegriffs von Politik um 1800: Das Wort Politik begann überhaupt erst seitdem, wie Vollrath es fasst, auf ein ›Phänomen‹ und nicht mehr vornehmlich auf eine dem staatswissenschaftlichen Kontext zuzuordnende Disziplin zu verweisen.

5 Vgl. Christof Dipper/Lutz Raphael: »Raum in der Europäischen Geschichte. Einleitung«, in: Journal of Modern European History 9/1 (2011), S. 27–41, hier S. 28.

Deutschsprachige politiktheoretische Thematisierungen vollzogen sich zwar noch während des gesamten 19. Jahrhunderts häufig im Spannungsverhältnis von Phänomen und Disziplin. Einerseits Handlungs- und andererseits Sphärenbegriffe des Politischen, denen auch die Vorstellung von politischen Räumen zuzuordnen ist, wurden jedoch sukzessive privilegierte Bezeichnungen für Handlungsweisen, Institutionen oder eben Räume, die mit der grundlegenden Gestaltung eines Gemeinwesens in Verbindung standen. Zunächst vollzog sich dieser Prozess vornehmlich in unreflektiertem Wortgebrauch, dann zunehmend in der Theorie.⁶

Raumsemantik und Politikbegriff waren also spätestens seit Beginn des 19. Jahrhunderts eng aufeinander bezogen. Die einschlägigen Semantiken erscheinen bis heute vertraut: Während zur Handlungsvariante beispielsweise Definitionen von Politik als Praxis, als Streben, aber auch als Kunst gehören, umfasst der Sphärenbegriff dagegen neben Bestimmungen als Feld, Arena, Domäne, Sektor und Bühne auch den Raum. Für die Frage nach der Dynamik der Rede vom politischen Kommunikationsraum ist ein gemeinsames Strukturmerkmal vieler Sphärenbegriffe wichtig: Die Semantiken verwiesen auf die Produktion und auf die Konstruktion des Politischen. Sie betonten damit unmittelbar die konstituierenden Handlungen und die Performativität, die politische Felder, Arenen oder eben Räume entstehen ließen.⁷

In analytischer Perspektive ist der Sphärenbegriff damit in der Lage, den Handlungsbegriff zu integrieren. Er kann eine große Zahl verschiedener historischer Politikbegriffe umfassen, was im Sinne eines möglichst offenen Begriffs als Vorteil zu werten ist. Der finnische Politikwissenschaftler Kari Palonen wertet gerade das allerdings als Problem. Er kritisierte vielfach, aktuelle politiktheoretische Debatten krankten daran, dass Handlungs- und Sphärenbegriffe sich vermischtten. Er tritt seit mehreren Jahrzehnten dafür ein, mit einer Fülle von Publikationen zur Geschichte des westeuropäischen Politikvocabulars zu belegen, dass es notwendig sei, beide Begriffe historisch und analytisch sauber zu trennen. Niemand, so Palonen außerdem, würde ernsthaft be-

⁶ Vgl. Ernst Vollrath: »Art. Politik«, in: Historisches Wörterbuch der Philosophie 7 (1989), z. B. Sp. 1057.

⁷ Vgl. Kari Palonen: *The Struggle with Time. A Conceptual History of »Politics« as an Activity*, Hamburg 2006, besonders S. 57 f. Palonen differenziert dabei: Der Begriff »Sektor« verweise auf eine konstruierte, unnatürliche Einteilung des Raumes, der Begriff »Arena« beziehe sich auf einen bewusst von Menschen geschaffenen Raum, der Begriff »Bühne« verweise besonders stark auf den konstruierten Charakter und mache den Übergang zu Handlungsbegriffen des Politischen am deutlichsten.

haupten, ein politischer Raum existiere jenseits der Metaphorik wirklich.⁸ Die Komplikationen, die dieser virtuelle Grundcharakter verursachen kann, sind in theoretischer Perspektive durchaus bedenkenswert. Von der unterschwelligen Konstruktivismuskritik dürften sich die Verfechter der Kulturgeschichte des Politischen allerdings eher bestärkt als angefochten gefühlt haben.

Als zentrale Ursache der Überzeugungskraft und Passförmigkeit des Raumbegriffs in der Debatte seit der Jahrtausendwende sollen damit sein Integrationsvermögen und sein in der kulturwissenschaftlich orientierten Fachöffentlichkeit begrüßter konstruktivistischer Grundcharakter festgehalten werden. Die konzeptionellen Vorschläge zur Neuen Politikgeschichte fußten auf einer vertrauten semantischen Traditionslinie. Diese wiederum war eine wichtige Voraussetzung für die spezifische Vorstellung von Grenzen des Politischen, die sich in der kulturgeschichtlichen Debatte manifestierte.

3 ›Grenzen des Politischen‹ – Implikationen eines Deutungsmusters

Die besondere Kompatibilität dieser Grundstruktur räumlicher Politiksemantiken mit der kulturgeschichtlichen Erweiterung der Politikgeschichte wird mit Blick auf die konzeptionelle Stoßrichtung der Neuen Politikgeschichte, auf die zentralen kultur- und sozialtheoretischen Grundannahmen plastisch. Einzugehen ist dabei zuerst auf die inhaltlichen und methodischen Implikationen, die mit der Betonung des Begriffs des Politischen verbunden waren, dann auf die spezifische Stoßrichtung der Fragen nach dessen Grenzen, die in der Debatte formuliert wurden.

3.1 Das Politische...

Auch hier hilft ein kurzer Blick auf die Historische Semantik für das Verständnis. Beziehe auf *das Politische* waren während (und bereits vor) der engeren Debatte keineswegs auf die Geschichtswissenschaft beschränkt. Bekanntlich gab es im Laufe des 20. Jahrhunderts diverse prominente Vorschläge, die die sogenannte ›politische Differenz‹, also die systematische Unterscheidung zwischen der Politik und dem Politischen, betonten. Selbst so gegensätzliche Konzeptionen wie die von Carl Schmitt und in den 1950er Jahren von Hannah

8 Vgl. K. Palonen: Struggle, S. 61.

Arendt richteten sich dabei gegen eine Engführung der Politik auf Partei- und Berufspolitik. Jüngere Debattenbeiträge von Ernesto Laclau, Chantal Mouffe, Paul Ricoeur und anderen verlagerten den semantischen Fokus durchgehend weg von klassischen politischen Institutionen.⁹

In der deutschsprachigen politikgeschichtlichen Rezeption wurde als Gemeinsamkeit all dieser Ansätze die Modellierung des Politischen als Ort betont, an dem um den Zuschnitt menschlichen Zusammenlebens gerungen werde.¹⁰ Allgemein kreisten die Definitionsversuche von Historiker*innen in der Debatte zunächst um möglichst große Abstraktion. Ziel war es, keine ahistorische Essenz der Politik vorab absolut zu setzen. Viel Resonanz fand dabei der Vorschlag, »kollektivverbindliche Entscheidungen«¹¹ jeder Art in den Blick zu nehmen. Das Politische wurde in diesem Sinne von Barbara Stollberg-Rilinger als »Handlungsraum« konzipiert, in dem es um die Herstellung solcher Entscheidungen gehe. Die in diesem Raum stattfindenden Aushandlungsprozesse seien historisch variabel.¹² Mit dem Fokus auf Entscheidungen aktualisierte diese Bestimmung ein Kernelement diverser politikwissenschaftlich gut eingeführter Definitionen der Politik. Konsequenterweise fasste auch Thomas Mergel, als dezidierter Befürworter einer Kulturgeschichte ‚der Politik‘, seinen Gegenstand als einen kommunikativen Modus, der auf die Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen gerichtet sei. Worum es bei den Entscheidungen gehe, wie weit sie reichten, wie die Verbindlichkeit erreicht werde, sei Gegenstand der Forschung.¹³

Die Komponente des Entscheidens wurde von anderen Proponenten einer Neuen Politikgeschichte vermieden. Im Zentrum der Definition des Bielefelder Sonderforschungsbereichs 584 blieb lediglich die Herstellung von Verbindlichkeit: Als politisch galt jegliche Kommunikation, die »Breitenwirkung,

9 Vgl. Oliver Marchart: *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*, Berlin 2010. Vgl. dazu und zum Folgenden außerdem die Beiträge in: Thomas Bedorf/Kurt Röttgers (Hg.): *Das Politische und die Politik*, Frankfurt a. M. 2010.

10 Vgl. dazu und zum Folgenden: T. Weidner: Geschichte, z. B. S. 29, 35; ders.: »Begriffsgeschichte und Politikgeschichte«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 44/1 (2018), S. 29–53.

11 Barbara Stollberg-Rilinger: »Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? Einleitung«, in: dies. (Hg.): *Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?*, Berlin 2005, S. 9–24.

12 Ebd.

13 Vgl. Thomas Mergel: »Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28/4 (2002), S. 574–606, hier S. 587 ff.

Nachhaltigkeit und Verbindlichkeit besitzt, beansprucht oder zuerkannt erhält«. Betont wurde außerdem der Bezug auf eine vorgestellte überindividuelle Einheit – ein »großes Ganzes« – und auf »Regeln des Zusammenlebens, Machtverhältnisse oder Grenzen des jeweils Sag- und Machbaren«. Entscheidungen könnten zwar, müssten dabei aber nicht im Zentrum stehen.¹⁴ Der Annahme einer zentralen Bedeutung eines ausdifferenzierten Funktionssystems ›der Politik‹, das kollektivverbindliche Entscheidungen für ›moderne‹ Gesellschaften generiert, wurde damit nicht prinzipiell widersprochen. Die Kulturgeschichte der Politik erschien allerdings nur noch als Teil einer weiter gefassten Kulturgeschichte des Politischen.

Noch abstrakter gefasst erschien das Politische in dezidiert diskurstheoretischen Ansätzen, wie Achim Landwehr sie vertrat: Mit Rekurs auf Ernesto Laclau und Chantal Mouffe verfolgte er die Entessenzialisierung der Politik am radikalsten, wendete sich ebenfalls gegen ihre »voreilige Identifizierung [...] mit Parteien, Parlament, Programmen oder Politikern« und verzichtete auf das Kriterium der Entscheidung. Er fasste das Politische dann als ein von »Antagonismen durchzogene[s] Feld«, das die »Einrichtung des Sozialen und die Produktion, Reproduktion und Transformation sozialer Verhältnisse« betreffe.¹⁵

Aus beiden weiten Perspektiven können sehr unterschiedliche Mechanismen, die Kollektivverbindlichkeit erzeugen, in den Blick rücken. Diskurstheorien akzentuieren traditionell die Verbindlichkeit erzeugende Wirkung von Wissen, Rationalitäten oder ›Wahrheiten‹. Ähnliche Effekte zeitigen breit geteilte Überzeugungen, Treue und Vertrauen, emotionale Bindungen, Zugehörigkeiten, Moral- und Wertvorstellungen.¹⁶

¹⁴ Die Begründung: Es könne ›Gesellschaften geben, in denen dauernd und viel entschieden‹ werde. Es gebe »aber auch Gesellschaften, in denen wenig entscheidbar ist und stattdessen die Reproduktion der Machtverhältnisse durch Konsensrituale die prominenteste Form politischer Kommunikation‹ bilde. SFB 584: »Forschungsprogramm«, in: Antrag auf Fortsetzung des Sonderforschungsbereichs 584: Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte. Finanzierungsantrag für die dritte Förderphase (1.7.2008–30.6.2012), Ms. Bielefeld 2007, S. 19–57, hier S. 27.

¹⁵ Das Politische weitet sich definitorisch so zu einer diskursiv erzeugten »symbolische[n] Ordnung«. Achim Landwehr: »Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen«, in: Archiv für Kulturgeschichte 85/1 (2003), S. 71–117, hier S. 104 ff.

¹⁶ Vgl. zur Moral: Ute Frevert: ›Neue Politikgeschichte. Konzepte und Herausforderungen‹, in: dies./Heinz-Gerhard Haupt (Hg.): Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt a. M. 2005, S. 7–26, hier S. 15. Zu den Zugehö-

Damit zeichnet sich folgendes Bild des Feldes der Proponenten einer erneuerten Politikgeschichte: Die methodischen Gemeinsamkeiten, die sich im Rekurs auf einen avancierten Kommunikationsbegriff¹⁷ bündelten, waren groß. Er stand als Leitbegriff unangefochten für die kulturgeschichtliche Grundsignatur der Debatte: für eine Perspektive, die die Herstellung von Bedeutung und die »Konstruktion von Wirklichkeit durch Menschen der Vergangenheit« akzentuierte. In den Fokus rückten damit soziale und symbolische Praktiken, mediale und diskursive Dynamiken.¹⁸ Politik und Politisches, da bestand große Einigkeit, konstituieren sich durch solche Kommunikation. Wie bereits erwähnt, stand diese Überzeugung im Einklang mit den Traditionslinien räumlich gefasster Politiksemantiken. Die Bandbreite unterschiedlicher Verständnisse dieses Gegenstandes selbst unter den dezidierten Proponenten einer kulturgeschichtlichen Neufassung der Politikgeschichte war allerdings groß. Was in Konsequenz der unterschiedlichen Begriffe des Politischen unter dessen Grenzen zu verstehen sei und was mithin erforscht werden solle, wichen mitunter deutlich voneinander ab. Der für die Vorstellung politischer Räume essenzielle Grenzbegriff verwies also auf verschiedene Phänomene, wurde aber in allen Fällen stark gemacht.

3.2 ... sein Raum und seine Grenzen

Beginnen wir mit dem engeren Verständnis in der Konzeption einer Kulturgeschichte ›der Politik‹: Im Falle des viel diskutierten Ansatzes von Thomas Mergel standen Parlamente, später Wahlkämpfe im Fokus. Die Fragen: Was wird in der Politik verhandelt, wie weit reicht mithin – auch thematisch – ihr Zugriff? Besonders die Rede vom »Parlament als Kommunikationsraum«¹⁹ wirkte methodisch und konzeptionell in der Folge produktiv und lenkte den kulturgeschichtlichen Blick systematisch auf ›moderne‹ politische Institutionen im

¹⁷ rigkeiten vgl. z. B. Joanna Pfaff-Czarnecka: Zugehörigkeit in der mobilen Welt. Politiken der Verortung, Göttingen 2012.

- ¹⁸ Vgl. ausführlich zu den Signaturen und Implikationen des verwendeten Kommunikationsbegriffs T. Weidner: Geschichte, S. 60–77.
- ¹⁹ Zusammenfassungen bei B. Stollberg-Rilinger: Kulturgeschichte, und bei A. Landwehr: Diskurs, S. 72.
- ¹⁹ Andreas Schulz/Andreas Wirsching/Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (Hg.): Parlamentarische Kulturen in Europa. Das Parlament als Kommunikationsraum, Düsseldorf 2012.

engeren Sinne. Die Perspektive hat zahlreiche weiterführende Studien hervorgebracht, die die große Bedeutung der symbolischen Praxis öffentlicher Deliberation, der Eigendynamik parlamentarischer Redeweisen²⁰ und nicht zuletzt der räumlichen Gegebenheiten sowie Architekturen von Parlamentsgebäuden²¹ aufzeigen konnten. Auch wenn es konzeptionell avancierter angelegt war: Im Kontext dieser Zugriffe lag ein Erfolgsgrund der Rede vom politischen Kommunikationsraum vermutlich auch in seiner Kompatibilität mit verbreiteten Vorstellungen von Parlamenten als Räumen, in denen eben viel geredet wird – man denke an das Stereotyp der ›Schwatzbude‹.

Folgt man einem solchen engeren Verständnis des politischen Kommunikationsraumes, hat das Konsequenzen für die Analyse der Grenzen des Politischen – beziehungsweise eben der Politik: Faktisch verbleibt die Frage im Zentrum, was besonders im Parlament oder von Regierungsakteur*innen mit welchen Eigendynamiken verhandelt wird. Die Repräsentation welcher Akteur*innen wird dabei postuliert und was wird in deren Namen allgemeinverbindlich geregelt? Es geht also darum, wie Kommunikationsprozesse die Grenzen des Zugriffs ›moderner‹ Politik geprägt und im Laufe der Zeit verschoben haben. Auf diese Weise werden ebenso klare wie nachvollziehbare Geschichten der Expansion des politisch Geregelten, der Aneignung unterschiedlicher Gegenstandsbereiche durch die Politik erzählbar. Es bleibt jedoch ein konzeptionelles Problem: Die inhärente Tendenz, Kommunikationsraum und Parlament beziehungsweise Regierungshandeln und Politik in eins zu setzen, monopolisiert ein institutionelles Zentrum politischer Entscheidungsfindung, das viele ›moderne‹ Gesellschaften zweifellos prägt(e), historisch betrachtet aber eben keine Selbstverständlichkeit ist. So entsteht die Gefahr, breitere gesellschaftliche, dezentrale Politisierungsprozesse aus dem Blick zu verlieren.

Andere Entwürfe des politischen Kommunikationsraumes waren in dieser Hinsicht konsequenter, was jedoch andere konzeptionelle Probleme nach sich zog.²² Die weiten, unter anderem vom SFB 584 und Achim Landwehr

²⁰ Dazu s. u.

²¹ Vgl. Ines Soldwisch: Das Europäische Parlament 1979–2004. Inszenierung, Selbst(er)-findung und politisches Handeln der Abgeordneten, Stuttgart 2021.

²² Im etwas offener gefassten Zugriff der Frühneuzeithistorikerin Barbara Stollberg-Rilinger eröffnete der Bezug auf ein »Ganzes« und die Herstellung von kollektivverbindlichen Entscheidungen (s. o.) noch relativ gut handhabbare methodische Zugriffe. Die Geschichte der Grenzen dieses Handlungsräumes kann – ähnlich wie bei Mergel – die historisch variablen, dort behandelten »Materien« und damit verbundenen Deutungs-

propagierten Begriffe des Politischen historisierten die grundlegende politikgeschichtliche Frage nach der Konstituierung von Kollektivverbindlichkeit recht radikal. Damit ließ sich in letzter Konsequenz jede soziale Praxis auf ihren politischen Charakter hin befragen. Das Politische durchzieht in dieser Sicht sämtliche Lebensbereiche und soziale Praktiken. Man kann ihm prinzipiell in jeder Interaktion historischer Akteur*innen begegnen. Die Rekonstruktion nachhaltiger, klar umrissener Grenzen des Politischen durch Historiker*innen wird damit schwierig – wenn nicht unmöglich. Das wurde in der Debatte auch kritisiert.²³ Was in der Kritik nicht berücksichtigt wurde, ist die Tatsache, dass die weiten Begriffe des Politischen gar nicht darauf angelegt waren, letztgültige Grenzen zu bestimmen. Es ging vielmehr darum, die Permanenz von Abgrenzungskämpfen in den Blick zu rücken. Die Zurückhaltung vieler Kulturhistoriker*innen, das Politische *ex post* autoritativ abzuzirkeln, war also keineswegs »subjektive[m] Unvermögen geschuldet«.²⁴

Rückt man den Begriff des Politischen analytisch in den Fokus, so wurde in der politischen Philosophie betont, ist damit die Relativität unterschiedlicher Werte und die Permanenz ihres Widerstreits betont. Das Politische von anderen Bereichen final abzugrenzen, wäre eine »Abstraktionsleistung«, die in der »historischen Wirklichkeit« keine Entsprechung findet: Sphären wie Wissenschaft, Ökonomie, Recht, Religion und Ästhetik sind aufs Vielfache miteinander verknüpft. Um das Politische adäquat erfassen zu können, so Stephan Lahrem und Olaf Weißbach, sei man zwingend darauf angewiesen, dauerhaft »seine Abhängigkeit von anderen Bereichen« mitzudenken.²⁵

Zusammengefasst für die Geschichtswissenschaft: Das Politische, das viele andere Sphären durchzieht und umgekehrt von anderen Sphären durchzogen ist, gewinnt seine Konturen in Abgrenzungskämpfen historischer Ak-

kämpfe sowie Aushandlungsprozesse in den Blick nehmen: vgl. B. Stollberg-Rilinger: Kulturgeschichte, S. 13 f.

23 Zur Zusammenfassung der Kritik vgl. Frank Bösch/Norman Domeier: »Cultural History of Politics. Concepts and Debates«, in: European Review of History/Revue européenne d'histoire 15/6 (2008), S. 577–586, besonders S. 579.

24 So betonten es Lahrem und Weißbach mit Blick auf ähnliche Probleme in der politischen Philosophie. Siehe dazu aus Perspektive der politischen Philosophie den Abschnitt »Das ‚hölzerne Eisen‘ politische Philosophie« in: Stephan Lahrem/Olaf Weißbach: Grenzen des Politischen. Philosophische Grundlagen für ein neues politisches Denken, Stuttgart 2000, S. 339–359.

25 »Das Politische, als Bereichsmodell vorgestellt, ist [...] nicht ein Abbild der Wirklichkeit, sondern eine idealtypische Konstruktion.« Ebd., S. 119.

teur*innen – ohne dass die historische Forschung *ex post* jemals eine letztgültige Eingrenzung vornehmen könnte. Dieser Fokus auf Relationalität, Abgrenzungskämpfe und die Durchdringungen unterschiedlicher Räume war eine der wichtigsten Perspektiven, die die Erneuerung der Politikgeschichte in der Forschung etablierte. Abschließend seien nun thesenhaft einige grundlegende Erkenntnisse zum Ablauf solcher Abgrenzungen des Politischen in der Geschichte zugespitzt, die die Forschung in Konsequenz hervorgebracht hat.

4 Perspektiven und Befunde der Forschung

I. Ein erstes Bündel übergreifender Befunde bezieht sich auf den Stellenwert und die strukturelle Bedeutung *symbolischer Praktiken* für die Abgrenzung des Politischen. Besonders augenscheinlich wurde dieser Aspekt in der Forschung zur parlamentarischen oder diplomatischen Praxis. Symbolische Praktiken wurden durchgängig nicht mehr als bloße Epiphänomene, sondern als Kernelemente des Politischen interpretiert. Die übergreifende Beobachtung: Nicht nur, wie vielfach herausgearbeitet, in der »Vormoderne«,²⁶ sondern auch in zeitgeschichtlichen Kontexten sind »[s]ymbolische und ritualistische Ordnungen« Konstituens von Machtstrukturen und Vergemeinschaftung. Symbole und Rituale konstituieren Hierarchien im politischen Kommunikationsraum und die Grenzen politischer Zugriffe. Sie sind nicht nur schmückendes Beiwerk oder bloßes Abbild ›realer‹ Strukturen. Das gilt im Weimarer Parlament (Heiko Bollmeyer) ebenso wie in der Diplomatie des Kaiserreichs (Verena Steller) oder im Parteivorstand der CDU unter Konrad Adenauer (Frank Bösch).²⁷

Die massive Aufwertung der Bedeutung des Symbolischen auch für ›moderne‹ Politik ist damit als eine der nachhaltigsten Auswirkungen der Kulturgeschichte des Politischen auf allgemeine historiografische Lehrmeinungen festzuhalten. Die Frage nach den Grenzen des Politischen erschien in dieser Perspektive besonders ausgeprägt als Frage nach den Grenzen des Sag- und Zeigbaren: Welche Redeweisen waren beispielsweise im Parlament – als

²⁶ Programmatisch: Barbara Stollberg-Rilinger: »Symbolische Kommunikation in der Vormoderne. Begriffe – Thesen – Forschungsperspektiven«, in: Zeitschrift für Historische Forschung 31/4 (2004), S. 489–527.

²⁷ Vgl. dazu und zum Folgenden: T. Mergel: Kulturgeschichte.

»kommunikative[m] cluster«²⁸ – möglich? Wie verschoben sich mit dem »Kanon verfügbarer Redeweisen«²⁹ die Grundmuster politischer Kommunikation und infolgedessen die Potenziale der Politik sowie ihrer allgemeinverbindlichen Zugriffe auf unterschiedlichste Lebensbereiche? Zusammengefasst: Symbolische Kommunikation bildete auch in der Moderne die Grenzen des Politischen und der Politik nicht nur ab, sondern konstituierte sie.

II. Ein zweiter Forschungsschwerpunkt zu den Grenzen des Politischen bezog sich auf die Inklusion beziehungsweise Exklusion verschiedener Akteursgruppen in den beziehungsweise aus dem politischen Kommunikationsraum. Die Grenzen, um die es in diesem Fall ging, waren Partizipationsgrenzen. Fragen der Teilhabe am politischen Prozess wurden in kommunikationsgeschichtlicher Perspektive analysiert: Altersgrenzen, Geschlecht, unterschiedliche Repräsentationsmodelle und nationale Zugehörigkeiten rückten so in den Fokus. Wem stand Partizipation an politischer (sprich: auf nachhaltige Allgemeinverbindlichkeit für ein Gemeinwesen gerichteter) Kommunikation in welchen Konstellationen und zu welcher Zeit offen?³⁰ Im Einklang mit älterer Forschung wurden hinsichtlich der Integration neuer Akteur*innen in den politischen Raum ausgeprägte strukturelle Differenzen zwischen Moderne und Vormoderne herausgearbeitet. »Herrschaftsunterworfene«, so ein übergreifender Befund, blieben in der »Vormoderne« in aller Regel ausgeschlossen, Untertanen »bestenfalls Rezipienten« »politischer Kommunikationsprozesse«.³¹ Eng damit verbunden war die Frage, wie die Anfechtung solcher Grenzen durch radikal Exkludierte sich vollzog. Im Kampf um Partizipation und Inklusion in den politischen Raum blieb in solchen Konstellationen häufig symbolische Gewalt ein letztes Kommunikationsmittel. Sie erschien bei genauer Betrachtung epochenübergreifend als sehr gezielt symbolisch aufgeladen – und eben nicht als die in Chroniken und anderen herrschaftsnahen Quellen häufig stilisierte Gewaltorgie. Insgesamt zeigte die Forschung

²⁸ Ebd., S. 5.

²⁹ Klassisch: Willibald Steinmetz: Das Sagbare und das Machbare. Zum Wandel politischer Handlungsspielräume. England 1780–1867, Stuttgart 1993.

³⁰ Vgl. dazu exemplarisch die Beiträge in: Christoph Gusy/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.): Inklusion und Partizipation. Politische Kommunikation im historischen Wandel, Frankfurt a. M. 2005.

³¹ Neithard Bulst: »Einleitung«, in: ders. (Hg.): Politik und Kommunikation. Zur Geschichte des Politischen in der Vormoderne, Frankfurt a. M. 2009, S. 8.

also, dass symbolisch aufgeladene »Gewalt als Form der kommunikativen Auseinandersetzung über gesellschaftliche Probleme« epochenübergreifend ernst genommen werden muss.³² Zusammengefasst: Der Kreis von Akteur*innen, die an politischer Kommunikation partizipierten, weitete sich im Zuge der ›Moderne‹ sukzessive aus. Symbolische Gewalt war dabei nicht das Gegenteil, sondern ein Kernelement politischer Kommunikation und Grenzziehung.

III. Als ein dritter, besonders produktiver Forschungsschwerpunkt etablierten sich Analysen der diskursiven beziehungsweise semantischen Abgrenzung politischer Räume von anderen Sphären. Solche Abgrenzungsprozesse des Politischen von Bereichen wie Religion, Recht, Wissenschaft, Kunst oder Wirtschaft und die damit verbundenen »Rangstreitigkeiten« waren Kernelement der politisch-sozialen Kommunikation besonders des 19. und 20. Jahrhunderts.³³ Sie waren aber auch früher von großer Bedeutung. Überlappungen und gegenseitige Durchdringungen waren dabei der Regelfall. Um ein plakatives Beispiel zu nennen: Zahlreiche Fallstudien zeigen, dass es faktisch unmöglich ist, »in der Vormoderne das Politische vom Religiösen zu trennen«. Religion blieb der »entscheidende Fluchtpunkt für das Selbstverständnis und die Selbstverständigung vormoderner Gesellschaften«. Sie war, so spitzte Neithard Bulst zu, »letztlich das Politische schlechthin«.³⁴ Zusammengefasst: Die permanente Durchdringung politischer und nicht politischer Räume war epochenübergreifend die Regel und nicht die Ausnahme. Die daraus resultierenden permanenten Abgrenzungskämpfe sind eines der wichtigsten Grundmuster politischer Kommunikation.

IV. In ›modernen‹, funktional stark ausdifferenzierten Konstellationen, besonders im 20. Jahrhundert, wandelte sich die Qualität von politischen Abgrenzungssemantiken in unterschiedlicher Hinsicht. Nach wie vor wurde

³² Neithard Bulst/Ingrid Gilcher-Holtey/Heinz-Gerhard Haupt: »Einleitung«, in: dies. (Hg.): Gewalt im politischen Raum. Fallanalysen vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2008, S. 7–23, hier S. 8.

³³ Siehe dazu ausführlich: Ulrich Meier/Martin Papenheim/Willibald Steinmetz: Semantiken des Politischen. Vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert, Göttingen 2012, S. 87–109.

³⁴ Religiöse Debatten waren es nicht zuletzt, die den Wandel im politischen Kommunikationsraum des Ancien Régime »katalysierten«. Ähnliche diskursive Überlappungen lassen sich in vergleichbaren Konstellationen für das Recht und zum Teil für die Ökonomie herausarbeiten: Bulst: Einleitung (2009), S. 11 f.

permanent und ubiquitär über die Grenzen zwischen Religion, Ökonomie oder Recht zur Politik oder die Politisierung der jeweiligen Wirkzusammenhänge diskutiert. In Studien, die solche Phänomene in den Blick nahmen, standen auffallend häufig nicht die klassischen Akteur*innen »der Politik« (Herrschende, Politiker*innen, Diplomat*innen etc.) im Fokus, sondern Jurist*innen, Ökonom*innen, Theolog*innen, Humanwissenschaftler*innen, Kulturschaffende oder Künstler*innen. In einer ersten Variante nahmen Historiker*innen Prozesse expliziter Selbstpolitisierung in unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern in den Blick. Als Schwellenzeit wurden in dieser Hinsicht die 1960er und 1970er Jahre deutlich erkennbar: Über die Grenzen des Politischen wurde zur selben Zeit – besonders breitenwirksam – im Fernsehen, aber beispielsweise ebenso in theologischen Kontexten verhandelt.³⁵ Affirmative, positiv besetzte Bezüge auf Politisierung standen auch bei unterschiedlichsten Akteur*innen des kulturellen Feldes³⁶ für ein kritisch-engagiertes Eingreifen in gesellschaftliche Debatten und Belange aus beispielsweise künstlerischer, schriftstellerischer oder religiöser Perspektive. Diese Politisierungsstrategien zielten darauf, die besondere gesellschaftliche Relevanz der jeweiligen Perspektiven zu betonen.

V. In einer anderen Variante fungierte umgekehrt die semantische Abgrenzung des Eigenen gegenüber dem Politischen als Schlüsseloperation, um die besondere Relevanz bestimmter Akteursgruppen für Belange des Gemeinwesens herauszuarbeiten. Im deutschsprachigen Raum ging dies ausgeprägt mit dem Aufstieg wissensgesellschaftlicher Strukturen seit der Jahrhundertwende 1900 einher. In den Blick kamen in dieser Perspektive beispielsweise die Grenzen zwischen dem Politischen auf der einen und Verfassungsge-

³⁵ Vgl. für die »Grenzverschiebungen und Grenzziehungen zwischen Politik und Religion«: Pascal Eitler: »Gott ist tot – Gott ist rot«. Max Horkheimer und die Politisierung der Religion um 1968, Frankfurt a. M. 2009, besonders Kap. 7 (S. 239 ff). Vgl. für das Fernsehen: Meike Vogel: Unruhe im Fernsehen. Öffentlich-rechtliches Fernsehen und Proteste in den 1960er Jahren, Göttingen 2010.

³⁶ Vgl. z. B. die Beiträge in: Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.): »1968« – Eine Wahrnehmungsrevolution? Horizont-Verschiebungen des Politischen in den 1960er und 1970er Jahren, Berlin 2013.

richtsbarkeit,³⁷ Wirtschaft und Medizin³⁸ auf der anderen Seite. In diesen Zusammenhängen wurden besonders pejorative Politiksemantiken aktualisiert und vielerorts seit den 1890er Jahren verbreitet instrumentalisiert, um eigene Deutungsansprüche gegenüber den Entscheidungszentren ›der Politik‹ zu legitimieren, die sich zu dieser Zeit funktional stark ausdifferenzierten: Wirtschaftswissenschaftler*innen engagierten sich massiv in Kämpfen um das Prinzip gegenüber der Politik,³⁹ für Jurist*innen ist Ähnliches zu konstatieren, Mediziner*innen und Hygieniker*innen entwickelten elaborierte Strategien unpolitisch auftretender »Gegenpolitik«. Das Muster: Bestimmte Praktiken oder Akteure wurden abwertend als politisch bezeichnet, um als Abgrenzungspol zu fungieren. Dann wurde damit die »Substitution der politisch bezeichneten Phänomene, Prozesse und Praktiken durch anders (beispielsweise eben wissenschaftlich) semantisierte Entsprechungen« legitimiert.⁴⁰ Eine zentrale sprachliche Entwicklung ist in diesem Zusammenhang die zunehmende Ineinsetzung der Begriffe Politik und Parteipolitik. Letztere bündelte besonders ausgeprägt pejorative Bedeutungsanteile: Partikularistisches Streben, Irrationalität und mangelnde Sachlichkeit, denen Rationalität, Wissenschaftlichkeit und andere Universalismen gegenübergestellt werden konnten.⁴¹ Die Tendenz zur kritischen Abgrenzung von einer scharf diskreditierten Politik radikalierte sich zum Beispiel in der Weimarer Republik in ganz unterschiedlichen Diskursen deutlich.⁴²

37 Vgl. Hauke-Hendrik Kutscher: Politisierung oder Verrechtlichung? Der Streit um die Verfassungsgerichtsbarkeit in Deutschland (1921–1958), Göttingen 2016, besonders Kap. VI.

38 Vgl. Stefan Scholl: Begrenzte Abhängigkeit. »Wirtschaft« und »Politik« im 20. Jahrhundert, Göttingen 2015; Tobias Weidner: Die unpolitische Profession. Deutsche Mediziner im langen 19. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2012.

39 Dem »negativen partikularistischen Bedeutungsstrang« kam als strategischem Abgrenzungspol gegenüber »wissenschaftliche[n] Betrachtungsweisen« auch dort große Bedeutung zu: S. Scholl: Abhängigkeit, S. 60.

40 Als »gegenpolitische Strategien« wird also das Betreiben einer »Substitution der Politik durch angeblich überlegene [beispielsweise] wissenschaftliche Entsprechungen« bezeichnet: T. Weidner: Profession, S. 21. Vgl. außerdem: H. Kutscher: Politisierung, S. 24, 59 f.

41 Zur verbreiteten semantischen Überblendung von Politik mit Parteipolitik vgl. K. Palonen: Struggle, S. 189. Vgl. für inhaltliche Beispiele: T. Weidner: Profession, z. B. S. 232; vgl. S. Scholl: Abhängigkeit, z. B. S. 360.

42 Vgl. H. Kutscher: Politisierung, S. 242; S. Scholl: Abhängigkeit, S. 363; T. Weidner: Profession, S. 367–372.

Damit ist ein letztes übergreifendes Ergebnis zur Diskurs- beziehungsweise Kulturgeschichte der Grenzen des Politischen herausgearbeitet: Die politische (auf Allgemeinverbindlichkeit der eigenen Perspektive ausgerichtete) Kommunikation verschiedener, um Deutungshoheit ringender Akteursgruppen war grundlegend von pejorativen Politiksemantiken geprägt. Zusammengefasst: Die Abgrenzung von der Politik ist seit der Wende zum 20. Jahrhundert eines der wichtigsten Grundmuster politischer Kommunikation.

5 Bilanz

Welche neuen Perspektiven eröffnet(e) also das Deutungsmuster des politischen Kommunikationsraumes und die Frage nach dessen Grenzen für die Historiografie? Der Hauptbefund: Sehr viele verschiedene. Voraussetzung des diskursiven Erfolges dieses Deutungsmusters in der geschichtswissenschaftlichen Debatte war weniger, dass es sich um einen präzisen analytischen Begriff gehandelt hätte. Der Raum fungierte eher als Leitmetapher, die vielfältige Resonanzen erzeugte, indem sie an die semantische Traditionslinie der Sphärenbegriffe des 19. Jahrhunderts, an unterschiedliche kultur- beziehungsweise sozialwissenschaftliche Register (besonders die Feldtheorie⁴³), aber wohl auch an verbreitete Stereotype parlamentarischer »Schwatzbuden« anknüpfen konnte. So erzeugte sie für unterschiedliche Richtungen der politikgeschichtlichen Forschung, aber auch in der breiteren Rezeption Plausibilitäten. Auch die Rede von den Grenzen des Politischen funktionierte entsprechend als informelles Deutungsmuster, das aus sehr unterschiedlichen Perspektiven Plausibilitätseffekte zu erzeugen vermochte.

Mit Blick auf die Eingangsfrage nach der Eigendynamik des Deutungsmusters der Grenzen des Politischen und (um die Kosellecksche Terminologie aufzugreifen) seiner Faktor-Funktion⁴⁴ in der Geschichtswissenschaft, erscheint die Antwort paradox: Der Fokus auf diese Grenzen führte zu einer

43 Zur Bedeutung Pierre Bourdieus für die Konzeptionen des politischen Kommunikationsraumes vgl. Heinz-Gerhard Haupt: »Boundary Disputes: The Political and Other Spheres. Introduction», in: Willibald Steinmetz/Ingrid Gilcher-Holtey/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.): Writing Political History Today, Göttingen 2013, S. 149–154.

44 Koselleck betont, dass die Begriffe als Faktoren »Horizonte«, aber auch »Grenzen« möglicher Erfahrungen und denkbarer Theorien setzen. Siehe z. B. Reinhart Koselleck: »Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte«, in: ders. (Hg.): Historische Semantik und Begriffsgeschichte, Stuttgart 1979, S. 19–36, besonders S. 29.

Entgrenzung der Gegenstände in der historischen Analyse. In der Empirie wurde ihre dauerhafte Fluidität als Regel und nicht als die Ausnahme erkennbar. Die Grenzen des Politischen blieben umstritten, erschienen stets in Bewegung. Die in unterschiedlichen Kontexten erforschte kommunikative Arbeit an ihnen, die Kämpfe um ihre Deutungen, um Abgrenzung und Einverleibung verdeutlichen, dass Grenzen sozialer Räume nie fixiert oder umstritten sind. Als Historiker*in die Grenzen des Politischen zu studieren, heißt also nicht, lediglich die Transformationen einer akkurat abzuzirkelnden Entität in den Blick zu nehmen. Unterschiedliche Strukturbedingungen und Eigendynamiken der Grenzsemantiken gibt es jedoch sehr wohl. Bestimmte Semantiken beziehungsweise diskursive Muster haben klar herauszuarbeitende Konjunkturen. Als Beispiel sei das Muster der unpolitisch auftretenden ›Gegenpolitik‹ im 20. Jahrhundert noch einmal erwähnt.

Spannenderweise lässt sich die Debatte zur Kulturgeschichte des Politischen als Teil einer eigenen Konjunktur bestimmter Politiksemantiken lesen, die ihre Wurzeln im 19. Jahrhundert hatten (Sphärenbegriff), aber Ende des 20. Jahrhunderts kumulierten. Das breite Interesse an der politischen Differenz, an die die Erneuerung der Politikgeschichte nach der Jahrtausendwende anknüpfen konnte, war Effekt und Teil einer solchen Konjunktur. Damit ist die konzeptionelle Verschiebung der Politikgeschichte von der Politik auf das Politische ein plakatives Beispiel für eine folgenreiche Arbeit sehr unterschiedlicher Akteursgruppen – Politikwissenschaftler*innen, Philosophen*innen, Historiker*innen – an den Grenzen des Politischen. Denn wenn die Debatte eins bewirkt hat, dann Folgendes: Politikhistoriker*innen können sich ihres lange als selbstverständlich hingenommenen Gegenstandsbereichs – ›der Politik‹ – nicht mehr sicher sein. Politisches kann man als Historiker*in nun prinzipiell überall suchen und daraus neue Narrative entwickeln. Die Relevanz ›der Politik‹ für ›moderne‹, funktional stark differenzierte Gesellschaften ist damit nicht bestritten. Der alleinige Fokus auf ein enges Ensemble von Akteur*innen und Institutionen steht nun allerdings unter einem gewissen Legitimationsdruck, der dem Reflexionsniveau solcher Zugriffe nur nützlich sein kann.

